

Demokratie stärken

Adressat*innen:

- Landesregierung Rheinland-Pfalz
- Politische Parteien in Rheinland-Pfalz
- Träger der politischen Bildung
- Träger der Jugendarbeit
- Ministerium für Bildung Rheinland-Pfalz
- Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz

1. Ausgangslage

1.1 Gesellschaft

Fast 71 Prozent der jungen Menschen in Rheinland-Pfalz wachsen zufrieden und sogar sehr zufrieden auf, das heißt im Umkehrschluss aber auch, dass ca. 29 Prozent der jungen Menschen ihre Lebenswirklichkeit mit Skepsis betrachten oder sich sogar große Sorgen um ihre Zukunft machen.¹ Jugendliche bewegen sich zwischen Zukunftsträumen und Zukunftsängsten. Für alle gilt: sie müssen sich mit den Kernherausforderungen des Aufwachsens auseinandersetzen.

Die Jugendbroschüre zum 15. Kinder- und Jugendbericht des Bundes beschreibt diese Anforderungen mit „Qualifizierung, Verselbstständigung und Selbstpositionierung“². Aus diesen Prozessen ergibt sich die persönliche Perspektive für ihre Zukunft und ihre Persönlichkeitsentwicklung.³

Das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen wird sowohl durch die individuellen Entwicklungsaufgaben als auch durch die gesellschaftlichen Entwicklungen beeinflusst. Bereits in der Schule werden Kinder und Jugendliche zunehmend mit der Leistungsgesellschaft konfrontiert. Schon hier wird der Grundstein für einen Wettkampf um die beste Ausgangsposition für gute Arbeitsplätze gelegt. Junge Menschen bekommen vermittelt: nur wer ständig Überdurchschnittliches leiste, habe eine Chance, den gewünschten Platz in der Gesellschaft zu finden. Jugendliche erleben „eine Dominanz der Schule“⁴ in vielerlei Hinsicht. Gleichzeitig erwartet ein Viertel der Jugendlichen bereits, dass ihre Berufswünsche nicht verwirklicht werden können⁵.

Jugendliche nehmen wahr, dass die finanzielle Ausstattung der Herkunftsfamilie ihre Chancen für die Zukunft entscheidend beeinflusst. Kinder und Jugendliche aus von Armut betroffenen Familien haben beeinträchtigte Bildungschancen⁶ und damit auch geringere Möglichkeiten des Zugangs zu demokratiebildenden Maßnahmen. Die Abstiegsängste und -erfahrungen der Eltern, zum Beispiel durch längerfristige Arbeitslosigkeit und somit Hartz IV-

¹ Vgl.: 2. Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz, S. 170

² Jugend ermöglichen!, Die Jugendbroschüre zum 15. Kinder- und Jugendbericht, S. 12f

³ Vgl. SGB VIII § 1

⁴ Ebenda, S. 13

⁵ Shell-Jugendstudie 2015, S. 3

⁶ Vgl. z.B. Bertelsmannstiftung: Armutsfolgen für Kinder und Jugendliche, Erkenntnisse aus empirischen Studien in Deutschland, Claudia Laubstein, Gerda Holz und Nadine Seddig, Seite 55f.

Bezug, machen auch vor ihren Kindern nicht halt. Junge Menschen erleben in unserem Bildungssystem, dass nach wie vor soziale Unterschiede zementiert anstatt ausgeglichen werden. Sie erleben in ihrem Elternhaus und ihrem sozialen Umfeld, dass der Abstieg nach unten sehr schnell geht, es aber nur sehr schwer möglich ist, aufzusteigen. Durch die stets weiter auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich geht in Folge dessen auch die Schere der Zukunftsaussichten für Jugendliche immer weiter auseinander. Diese Aufkündigung des Versprechens, dass es den Kindern einmal besser gehen soll als der jetzigen Erwachsenengeneration erzeugt in vielen Fällen Perspektivlosigkeit und das Gefühl, in starkem Maße abgehängt zu sein.

Um ein demokratisches Grundverständnis zu schaffen, das die Demokratie schützt und weiterentwickelt, sind Zukunftsperspektiven, eine positive Haltung und gute Zugänge zu Bildung im formalen, nonformalen und informellen Bereich unverzichtbare Faktoren. Kinder und Jugendliche brauchen gute Startbedingungen zum gelingenden Aufwachsen. Hier richtet sich der Auftrag an die Politik, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und den Menschen das Vertrauen in den Zusammenhalt der Gesellschaft wiederzugeben.

1.2 Politik

Wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen, dass es ca. 20 Prozent gefestigte rechte Einstellungen in der Bevölkerung gibt⁷. Dies ist bereits seit den 1980er Jahren bekannt.

Spätestens durch die Vorkommnisse am 3. Oktober 2016 in Dresden zur Feier der Deutschen Einheit wird deutlich, dass sich das Spektrum der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung verändert hat. Öffentliche Beleidigungen gegenüber der Bundeskanzlerin, dem Bundespräsidenten und den weiteren Gästen des Festaktes lassen befürchten, dass Respektlosigkeit, Aggressivität und selbst menschenverachtende Äußerungen salonfähig und öffentlich möglich werden und nicht immer sanktioniert werden. Gleichzeitig steigt die Zahl der rechtsmotivierten Straftaten⁸. Die Frage, ob hier die Würde des Menschen angetastet wird, ist zu stellen.

Auch in Rheinland-Pfalz hat sich durch die Zusammensetzung des Landtags die politische Debatte verändert. Der Landesjugendring und einzelne Mitgliedsverbände wurden mehrfach in Landtagsdebatten von der AfD diffamierend angegriffen. Der Landesjugendring erklärt sich solidarisch mit allen seinen Mitgliedsverbänden und steht für die Vielfalt seiner Mitglieder!

Mittlerweile stellt die AfD-Fraktion sogar die institutionelle Förderung des Landesjugendringes durch das Land in Frage. Der Landesjugendring nimmt mit großer Freude die Äußerungen aller anderen im Landtag vertretenen Parteien wahr, die seine Arbeit wertschätzen und unterstützen und dies in den Debatten öffentlich kundtun. Der Landesjugendring Rheinland-Pfalz sieht sich dem Beschluss des Deutschen Bundesjugendrings „Rechtspopulist*innen entgegentreten – zum Umgang der Jugendverbände und -ringe mit der AfD“ (siehe Anhang) vom 8. September 2016 verpflichtet und stellt sich gleichzeitig der politischen Auseinandersetzung.

Grundsätzlich stellen wir fest, dass die AfD in Rheinland-Pfalz und auch in anderen Bundesländern aus unserer Sicht die politische Debatte vergiftet. Mit Äußerungen zum Mahnmal in Berlin, der Forderung nach Schusswaffengebrauch an Grenzen oder der

⁷ Mitte-Studie, Friedrich-Ebert-Stiftung

⁸ Vgl. SWR Beitrag zur Kriminalitätsstatistik vom 4. April 2016

Bezeichnung von Menschen mit unterschiedlicher sexueller Identität als „degenerierte Spezies“⁹ und vielen ähnlichen Aussagen, bereitet die AfD Tür und Tor für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Für uns stellen Rechtspopulist*innen die uns wichtigen Werte eines gelingenden demokratischen Miteinanders in Frage. Antidemokratischen Tendenzen wird sich der Landesjugendring Rheinland-Pfalz auch weiterhin vehement entgegenstellen.

Für den Landesjugendring und seine Mitgliedsverbände sind die Würde des Menschen, der gegenseitige Respekt und Demokratiebildung zentrale Anliegen ihrer Arbeit. Jugendverbände verstehen sich mit Recht als Werkstätten der Demokratie. Ein zerrüttetes Verhältnis zur Demokratie bildet nicht zuletzt die Grundlage für Intoleranz, Hass und Gewalttätigkeiten.

2. Aufruf

Alle im Landesjugendring Rheinland-Pfalz zusammengeschlossenen Jugendverbände und Jugendringe stehen auf der Grundlage der in der Satzung des Landesjugendringes verankerten Voraussetzung zur Mitgliedschaft: „die Anerkennung der Deklaration der Menschenrechte und das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen und sozialen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland“.

Die Jugendverbände in Rheinland-Pfalz rufen die Gesellschaft auf, unsere Demokratie und Verfassung zu schützen. Wir sind überzeugt, dass es immer ein lohnendes Ziel ist, „Mehr Demokratie zu wagen“¹⁰, und wenn „durch Deutschland ein Ruck gehen muss“¹¹, dann müssen sich die Menschen, Jugendliche und Erwachsene, zur Demokratie positionieren und sich aktiv in die Demokratie einmischen.

Wir müssen die Demokratie bewahren und aktiv unterstützen, uns zu ihr bekennen und dafür streiten, Haltung zeigen und Verantwortung übernehmen, für unsere Kommunen, für unser Bundesland und für unsere Gesellschaft.

Die Stärken der Demokratie sind Austausch, Ausgleich, Mitwirkung und Teilhabe. Diese gilt es zu nutzen und für alle Menschen greifbar zu machen. Wir müssen noch deutlicher werden und bessere Strategien und Methoden entwickeln, aber wir sind uns sicher: Demokratie gewinnt!

Als Vorbild dient uns die Aussage von Norwegens Ministerpräsident Stoltenberg bei der Trauerfeier im Osloer Dom nach dem menschenverachtenden Attentat durch Anders Breivik im Jahr 2011: „Wir werden unsere Werte nicht aufgeben. Unsere Antwort lautet: mehr Demokratie, mehr Offenheit, mehr Menschlichkeit. Wir werden der Welt zeigen, dass die Demokratie stärker wird, wenn es auf sie ankommt“¹².

Liegt es an Populisten wie Donald Trump, dass unter jungen Menschen zu beobachten ist, dass zunehmend wieder politische Themen diskutiert werden? Die Irritationen aus dem Weißen Haus, Verhaftungen von Journalistinnen und Journalisten in der Türkei, Angriffe rechtspopulistischer Parteien in Europa auf Werte, mit denen junge Menschen wie selbstverständlich aufgewachsen sind, führen dazu, dass es unter Jugendlichen wahrnehmbar zu einer verstärkten Debatte um politische Themen kommt.

⁹ Berliner Tagesspiegel vom 19.09.2016

¹⁰ Vgl. Willy Brandt, Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969

¹¹ Vgl. Roman Herzog, Berliner Rede 1997

¹² Ferdinand von Schirach: Terror: Ein Theaterstück und eine Rede, 2016 S. 162

3. Jugendverbände in Rheinland-Pfalz für mehr Demokratiebildung

„Demokratie verändert sich und wir können sie aktiv weiterentwickeln. Mir ist es deshalb ein großes Anliegen, dass es lebendige Formen der Mitsprache und Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen gibt. Dies gilt ganz besonders für junge Menschen.“ so Ministerpräsidentin Malu Dreyer zur Eröffnung des 11. Demokratietages Rheinland-Pfalz. Und weiter: „Demokratie kann und muss man lernen“¹³. Dazu leistet der Landesjugendring Rheinland-Pfalz seit seiner Gründung 1949 einen maßgeblichen Beitrag.

Jugendverbände sind Werkstätten der Demokratie. „Jugendverbandsarbeit bietet Räume an, dort finden Jugendliche Lernräume, Lebensräume und politische Räume, dort geschehen Bildungsprozesse, Aneignungsprozesse für die Basics des Lebens und ein Resonanzboden für die Interessensartikulation wird zur Verfügung gestellt“¹⁴, so beschreibt Mike Corsa, Generalsekretär der Evangelischen Jugend Deutschland die Aufgabe und die Möglichkeiten der Jugendverbände.

Kinder- und Jugendverbände sind Experimentierfelder für die Partizipation von jungen Menschen. Hier lernen sie alles, was für ein selbstbestimmtes politisches Leben notwendig ist¹⁵. Kinder und Jugendliche lernen in den Jugendverbänden, sich mit anderen zusammen zu tun, Kompromisse auszuhandeln und Möglichkeiten der Kooperation auszuhandeln. Sie erfahren, was es heißt, Verantwortung für andere zu übernehmen und diese „Macht“ verantwortlich zu nutzen. Jugendverbände bieten also nicht nur die Möglichkeit zur Teilnahme an vorgeformten Aktivitäten, sondern fordern die aktive Mitgestaltung ein. Durch demokratische Gestaltung wird Demokratie erfahrbar.

Auch die Bundesregierung formuliert in ihrer Stellungnahme zum aktuellen Kinder- und Jugendbericht des Bundes ausdrücklich, dass Jugendverbände einen wesentlichen Anteil für eine stabile, demokratische Gesellschaft einbringen¹⁶.

Jugendverbände bieten Demokratiebildung an, unterstützen Demokratiebildung und fordern mehr Demokratiebildung in einer gesellschaftlichen Situation,

- in der es keine einfachen Antworten gibt, obwohl dies immer öfter suggeriert wird.
- in der Rechtspopulisten*innen mit scheinbar einfachen Wahrheiten, die keine sind, auf Stimmenfang gehen.
- in der die Vielfalt unserer Gesellschaft auf dem Spiel steht.
- in der wir lernen müssen nachzudenken, um „Fakenews“ von Nachrichten unterscheiden können.
- in der es positive Bilder und Visionen von Gesellschaft und Politik braucht.

Viele Inhalte und Forderungen, die Demokratiebildung unterstützen, sind in den Beschlüssen des Landesjugendrings der letzten Jahre zu finden.

Beispielhaft sind hier zu nennen:

¹³ Ministerpräsidentin Malu Dreyer zur Eröffnung des 11. Demokratietages, 23.9.2016

¹⁴ Mike Corsa: Referat bei der Arbeitstagung: Tagungshäuser am 24.02.2007 in Bad Dürkheim

¹⁵ Deutscher Bundesjugendring: Positionspapier „Mitwirkung mit Wirkung“

¹⁶ Vgl.: Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe – 15. Kinder- und Jugendbericht, Stellungnahme der Bundesregierung, Seite 18ff.

- 2016: Schaffung einer vollständigen gesellschaftlichen Teilhabe junger geflüchteter Menschen.
- 2016: Verstärkte politische Maßnahmen gegen Rassismus, Menschenfeindlichkeit und Rechtspopulismus.
- 2015: Untersuchung der Schuldenbremse auf ihre Auswirkungen für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz, auf die öffentliche Infrastruktur und die Entwicklung sozialer (Un-)Gerechtigkeit.
- 2015: Die Gestaltung von Vielfalt als grundlegendes Element unseres demokratischen Wertesystems.
- 2014: Die Entwicklung einer guten Jugendpolitik als Grundlage gelingenden Aufwachsens für alle Kinder und Jugendlichen und für den Ausbau von Zukunftschancen der jungen Generation.
- 2014: Eine Ausbildungsgarantie für Jugendliche, um gesellschaftliche Teilhabe durch Arbeit zu ermöglichen.
- 2013: Kürzungen in der kommunalen Jugendarbeit verhindern, um Jugendlichen durch eine bedarfsgerechte Infrastruktur das Erleben von Wertschätzung und Respekt im Gemeinwesen zu ermöglichen.
- 2012: Die Verbesserung von Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche stellt eine der wesentlichen Grundlagen für ein gelingendes demokratisches Miteinander auf allen gesellschaftlichen Ebenen dar und bedarf dringend eines umfassenden Ausbaus.
- 2012: Jugendliche brauchen Freiräume außerhalb von Schule, Ausbildung und Studium, um sich gesellschaftlich zu engagieren und Verantwortung für unsere Gesellschaft zu übernehmen.
- 2006: Die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre stellt eine wesentliche Voraussetzung dar, um mehr jungen Menschen schon frühzeitig eine politische Teilhabe zu ermöglichen.

Jugendverbände sind Orte der Demokratiebildung. Ihr Hauptprinzip ist die Freiwilligkeit. Kinder und Jugendliche haben dort die Möglichkeit, aktiv und selbstbestimmt mitzugestalten, mitzubestimmen, Verantwortung zu tragen, sich selbst zu organisieren und Demokratie zu lernen und zu praktizieren. Jugendverbände wollen und werden mit anderen Demokrat*innen die demokratische Gesellschaft weiter stärken!

Beschlossen durch die 110. Vollversammlung des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz am 20.05.2017 in Osthofen.